



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Kreistag Schwarzwald-Baar

Donaueschingen, den 18. Dezember 2006

Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2007

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

seit der Einbringung des Haushaltsentwurfs Anfang November haben sich die guten Finanznachrichten für den Landkreis fortgesetzt: Mehr Schlüsselzuweisungen, eine deutlich höhere Bundesbeteiligung im Zusammenhang mit Hartz IV oder auch höhere FAG-Zuweisungen für die Kreisstrassen sind wie ein warmer Sommerregen über uns niedergegangen. Gegenüber dem aktuellen Jahr können für 2007 mehr als 3% höhere Einnahmen im Verwaltungshaushalt erwartet werden. Im Vermögenshaushalt steht sogar ein ca. 12% grösseres Finanzvolumen als im Jahr 2006 bereit. Das gesamte Haushaltsvolumen überschreitet damit die 200 Mio. € - Grenze. Das ist zunächst einmal erfreulich und verschafft uns wieder etwas mehr Handlungsspielraum als in der Vergangenheit. In Zeiten des Klimawandels tut man jedoch grundsätzlich gut daran, warme Sommerregen mitten im Dezember kritisch zu hinterfragen.

Einige der zentralen haushaltstechnischen Fragen lauten damit: Sind die erfreulichen Einnahmeverbesserungen des Jahres 2006 auf das kommende Jahr übertragbar? Ist der Bereich der sozialen Sicherung solide kalkuliert? Und vor allem: Bekommen wir die strukturellen Defizite des Haushalts mittel- und langfristig in den Griff?

Ich habe für unsere Fraktion bereits in der Sitzung vom 24. Juli 2006 erläutert, dass wir bei den jüngsten Verbesserungen eine ganze Reihe von Sonderfaktoren sehen, die nicht ohne weiteres auf das Jahr 2007 übertragbar sein werden. Am Augenfälligsten dürfte dies bei der Grunderwerbssteuer sein, die für das kommende Jahr folgerichtig wieder vorsichtiger kalkuliert ist. Bei anderen Positionen wie z.B. bei den Gebühreneinnahmen des Baurechtsamts, der Hilfe zur Pflege oder der Jugendhilfe beruhten die Verbesserungen im Jahr 2006 entweder auf Einmalfaktoren oder können sich bereits kurz-

fristig auch wieder in die andere Richtung entwickeln. Eine einfache Fortschreibung der positiven Entwicklung des Jahres 2006 ist vor diesem Hintergrund mit Risiken behaftet.

Andererseits kann bei den Kosten für Hartz IV ein Teil des bisherigen extremen Kostenanstiegs erfreulicherweise durch die höhere Bundesbeteiligung aufgefangen werden. Da im Bereich der sozialen Sicherung gegenüber dem diesjährigen Haushalt zudem eine Reserve von 4,6 % eingeplant ist, halten wir diesen Ansatz insgesamt für tragfähig.

Nicht zuletzt profitiert der Haushalt 2007 ja auch von einer ganzen Reihe höherer Einnahmen: Beispielsweise führen die Schlüsselzuweisungen, die nochmals um mehr als 1,1 Mio. € erhöht wurden, insgesamt zu einer Haushaltssituation, die im Vergleich zu den Vorjahren deutlich entspannter ist. Da aber gleichzeitig die Verschuldung weiter ansteigt und in immer mehr Bereichen langfristige finanzielle Verpflichtungen zu erfüllen sind, sehen wir bei den strukturellen Defiziten des Kreishaushalts noch keine nachhaltige Lösung. Dies gilt umso mehr, als im Rahmen der kommunalen Finanzreform immer noch keine stetige und verlässliche zusätzliche Einnahmequelle definiert ist und einige Kostenerstattungen von einer Kostendeckung weit entfernt sind.

Zusammengefasst bedeutet dies aus unserer Sicht, dass wir im Haushaltsjahr 2007 finanziell wieder deutlich besser dastehen. Die weitere Entwicklung ist jedoch aufgrund der grossen Veränderungen in allen Teilbereichen ungewiss und die strukturellen Probleme des Kreishaushalts sind teilweise ungelöst.

Nach dieser allgemeinen Einschätzung möchte ich jetzt verschiedene Details ansprechen.

Der Sach- und Betriebsaufwand steigt gegenüber dem Vorjahr um über 1,2 Mio. €. Darin sind u. a. 400.000 € für die Renovierung des neu erworbenen Verwaltungsgebäudes in Donaueschingen enthalten. Wir halten diese Zuordnung nicht für sachgerecht, da nach unserer Beurteilung die komplette Massnahme in den Vermögenshaushalt gehört. Was die Unterbringung des Dezernats V (ländlicher Raum) in diesem Gebäude betrifft, begrüssen wir ausdrücklich die Absicht der Verwaltung, damit auch ein Signal für den „Stellenwert des ländlichen Raums“ zu setzen. Allerdings wird hierbei die administrative Zusammenführung aller Ämter unter ein gemeinsames Dach kaum ausreichen, sondern es braucht zur Stärkung des ländlichen Raums eine breite, interdisziplinäre und inhaltlich begründete Offensive. Wir hoffen, dass die Verwaltung zusammen mit dem Kreistag (u.a. im Rahmen der Klausurtagung) entsprechende Projektideen formulieren und auf den Weg bringen wird. Denn eines ist klar: Bei der Stärkung des ländlichen Raums geht es um Inhalte und nicht um Etiketten.

Bei der Effizienzrendite der Verwaltungsreform lässt die Verwaltung mittlerweile vorsichtigere Töne anklingen. Der Hinweis auf Einmalfaktoren in den ersten beiden Jahren ist dabei absolut richtig und es dürfte gegen Ende der Konvergenzphase im Jahr 2012 bei der Zielvorgabe von 20% Einsparvolumen zunehmend schwieriger werden, die gesteckten Ziele ohne drastische Einschränkung der Qualität zu erreichen. Wir möchten an dieser Stelle unsere Forderung erneuern, dass neben den finanziellen Kennzahlen auch qualitative Parameter erhoben und ausgewertet werden und dem Kreistag hierzu ebenfalls Bericht erstattet wird.

Sehr geehrter Herr Landrat, in Ihrer Haushaltsrede haben Sie erläutert, dass Sie in der Eingliederungshilfe für Behinderte die kreispolitische Schwerpunktaufgabe der Zukunft sehen. Wir können Ihrer Aussage insofern zustimmen, dass ein fundierter Behindertenplan und ein personenzentrierter Ansatz zukünftig massgebend und richtungweisend sein werden. Allerdings muss dabei sichergestellt sein, dass sämtliche Entscheidungen aufgrund fachlicher, therapeutischer oder sozialer Aspekte getroffen werden. Die Einstellung einer weiteren Eingliederungshilfefachkraft ist daher aus unserer Sicht eine gute und folgerichtige Entscheidung. Keinesfalls darf es dazu kommen, dass ein personenzentrierter Ansatz postuliert und ein kostenzentrierter Ansatz praktiziert wird. Um hier keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Selbstverständlich ist es auch aus unserer Sicht erfreulich, wenn das familiäre Umfeld gestärkt und Kosten reduziert werden können. Der verständliche Versuch, die Kostensteigerungen früherer Jahre abzuflachen, muss jedoch deutlich hinter den fachlichen Kriterien zurückgestellt werden.

Für die Jugendhilfe wie auch für die Hilfe zur Pflege gelten sinngemäss ähnliche Aussagen. Die Einstellung einer Steuerungsfachkraft im letztgenannten Bereich wird von unserer Fraktion dabei ausdrücklich begrüsst. Die Paradigmenwechsel hin zu „ambulant vor stationär“, zu „präventiv statt kurativ“ oder auch der Ausbau unterstützender Massnahmen für Familien und Angehörige haben einiges an positivem Potential und müssen durch organisatorische Vorkehrungen flankiert werden, um die Qualität der Hilfsmassnahmen zu sichern. Wir diskutieren hier über einen komplexen Transformationsprozess der sozialen Sicherungssysteme, dessen Wirkungsweise und Ergebnis fortlaufend analysiert und mit Sicherheit auch nachgebessert werden muss. Anfügen möchte ich auch hier, dass wir im Bereich der sozialen Sicherung zukünftig Berichte erwarten, in denen neben den „Fallzahlen“ und über die rein finanziellen Aspekte hinaus die qualitativen Ergebnisse dokumentiert werden. Sollte diese Forderung bei Ihnen auf Unverständnis stossen, möchte ich einfach an zwei Dinge erinnern: Erstens ist die offene Diskussion der Ergebnisse zwingende Voraussetzung für eine positive Rückkopplung von der praktischen Arbeit zurück in die politischen Entscheidungsprozesse und zweitens können wir uns einen Blindflug in diesem Bereich weder finanziell noch gesellschaftspolitisch leisten.

Im Bereich „Schulen und Bildung“ wird kräftig investiert: Die Turnhalle der kaufmännischen Schulen im Stadtbezirk Villingen, das Technische Gymnasium im Stadtbezirk Schwenningen, die Albert-Schweitzer-Schule oder das Haus III des Internats der Hotelfachschule sind im kommenden Jahr Baustellen. Hinzu kommen erhebliche Beträge für Anschaffungen an den beruflichen Schulen und den Sonderschulen und vor allem die Aufhebung der Kürzungen bei den Lehr- und Lernmitteln. Wir begrüßen ausdrücklich alle diese Massnahmen und verbinden dies mit der Hoffnung, dass in den kommenden Jahren auch an weiteren Schulen lang geplante Sanierungen und Aufwertungen vorgenommen werden können. Die Anmerkungen in der Haushaltsrede des Landrats hinsichtlich der „Offensive für technische Berufe“ und zum Schulentwicklungsplan können wir nur dick unterstreichen. Ebenso positiv werten wir die dabei angestellten Überlegungen zur Schulsozialarbeit und zur Ganztageschule. Ein Thema, wo wir eher Probleme und kaum Informationen haben, ist die angekündigte Gründung einer Kinder- und Jugendakademie.

Beim Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sehen wir trotz einiger Glanzlichter wie dem Ringzug oder den neuen 146igern mit Doppelstockwagen auf der Schwarzwaldbahn richtig dunkle Wolken am Horizont. Erhöhten Zuweisungen beim Ringzug stehen gekürzte Förder- und Regionalisierungsmittel gegenüber, die selbstverständlich Auswirkungen auf Umfang und Qualität des ÖPNV haben werden. Das erweiterte Rufbus-System im westlichen Landkreis geht zudem mit punktuellen Fahrplanverschlechterungen im Schülerverkehr einher. Auch die Verbindungen zwischen den Hochschulstandorten Furtwangen und Schwenningen erscheinen aus unserer Sicht verbesserungsfähig. Details hierzu sollten wir bei Gelegenheit im zuständigen Ausschuss diskutieren. Generell gilt, dass sich die Grüne Fraktion bei wesentlichen Änderungen des Verkehrsangebots zukünftig wieder entsprechende Informationen vor Drucklegung der Fahrpläne wünscht.

Im Bereich der Kreisstrassen plädieren wir weiterhin für angemessene und stetige Erhaltungsmaßnahmen. Erhalt und Sanierung sollten dabei klar vor Ausbau oder gar Neubau stehen. In diesem Sinn können wir die ursprünglich geplanten Massnahmen für das Jahr 2007 noch mittragen. Allerdings ist der nachträglich eingebrachte Antrag zum Bau eines Kreisverkehrs in der Gemeinde Brigachtal aus unserer Sicht ein Systembruch. Abgesehen von der kreativen Berechnung der prozentualen Landkreisbeteiligung ist der bisherige Kreuzungsbereich weder ein Unfallschwerpunkt noch befindet er sich derzeit baulich in einem schlechten und damit sanierungsbedürftigen Zustand. Massnahmen zur Ortsverschönerung sollten wir jedenfalls nicht auf diese Weise mit Mitteln aus dem Kreisstrassenprogramm unterstützen.

Obwohl wir diverse Teilbereiche der gebührenfinanzierten Abfallwirtschaft in der Vergangenheit schon wiederholt angesprochen haben, sehen wir unsere Einwände immer noch nicht ausreichend berücksichtigt. Zur Erinnerung: Bei den Verwertungsmaßnahmen sind die Kalkulationsgrundlagen teilweise kritikwürdig. Verursacher und Kostenträger sind hier nicht immer zu 100% identisch. In Kombination mit vertraglichen und satzungsrechtlichen Regelungen ergeben sich aber auch bei der Wertstofflösen unbefriedigende Ergebnisse. Konkret bezahlen beispielsweise die Haushalte auf Basis der Gebührenkalkulation einen überproportional hohen Anteil an den Kosten der Grüngutverwertung. Und bei der Altpapierverwertung bedeuten die geltenden vertraglichen Regelungen einen immens hohen, gebührenfinanzierten Zuschussbedarf. Andere Landkreise beweisen, dass es auch anders geht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie werden sich sicher auch an andere Themen wie die Altmetallverwertung oder beispielsweise die mühsamen DSD-Diskussionen erinnern. Ich will jetzt ganz sicher nicht in alten Mülleimern kramen, aber eines muss ich hierbei nochmals deutlich herausstellen. Etwas mehr Nachdruck gegenüber den privaten Entsorgern und vor allem mehr Sorgfalt bei Ausschreibungen und vertraglichen Regelungen wären angebracht. Jüngstes Beispiel in dieser Reihe sind die 150.000 € Investitionen für weitere Abfallbehälter. Unsere Fraktion ist bei diesem Punkt mal wieder ins Staunen gekommen! Wir erwarten, dass die Verwaltung in der nächsten Ausschusssitzung hierzu nochmals die finanziellen und vertraglichen Hintergründe aufzeigen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, sie haben sicher bemerkt, dass ich mich zum Thema Personalkosten bisher noch kaum geäußert habe. Dies nicht deshalb, weil mir das Thema besonders unangenehm wäre, sondern weil ich es als eines der wichtigsten Themen überhaupt ansehe. Ich möchte dies nachfolgend kurz begründen. Mit einem Gesamtvolumen von ca. 31,5 Mio. € sind für das kommende Jahr ca. 705 Personalstellen ausgewiesen. Dies entspricht 1,14 % weniger Personalstellen und 0,83 % weniger Personalkosten gegenüber dem laufenden Jahr 2006. Ergänzend muss berücksichtigt werden, dass ca. 3% der Stellen wohl im Stellenplan ausgewiesen, aber nicht besetzt sind. Unsere Fraktion hat schon mehrfach formuliert, dass einer Verwaltung als Dienstleistungsbetrieb nicht ohne weiteres industrielle oder gewerbliche Zielvorgaben übergestülpt werden können. Im Produktionssektor dürfte es in der Regel deutlich leichter als im Dienstleistungsbereich sein, z.B. durch Automatisierung Personal einzusparen und trotzdem eine konstante Produktqualität zu erzielen. Im Dienstleistungsbereich ist dies ungleich schwieriger und geht – wenn überhaupt – nur bei standardisierten Leistungen. Sobald aber eine komplexe Situation oder mehr noch das individuelle und persönliche Gespräch mit dem Kunden notwendig ist, kommt die Rationalisierung schnell an ihre Grenzen. Wer in diesem Bereich massiv Personal einspart, verschlechtert i.d.R. die Bearbeitungs- oder Beratungsqualität. Hinzu kommt, dass es eine erhebliche Wechselwirkung zwischen Verwaltung und Bürgern gibt. Stellen Sie sich z.B. einen Unternehmer

vor, der in einer Dienststelle des Landratsamts wegen Personaleinsparungen mit seinem Anliegen unpersönlich und womöglich unqualifiziert abgefertigt wird. Gute und persönliche Beratung sind doch ein Standortfaktor! Gibt es hierbei Probleme, können Sie auf bunte Prospekte und den Wirtschaftsförderer getrost verzichten. Oder noch schlimmer: Stellen Sie sich einen Antragsteller für Hartz IV vor, der gerade in so einer persönlichen Krisensituation besonders auf qualifizierte Beratung und menschliche Umgangsformen angewiesen sein dürfte und dann womöglich wegen personeller Überlastung im Amt nur als ein weiterer Lastfaktor in der Statistik abgearbeitet wird.

Ich möchte Ihnen mit diesen Beispielen aufzeigen, dass rigide Personaleinsparungen immer eine zweifache Wirkung haben: Einmal nach innen zum Personal selbst: Überlastung, Demotivierung, innere Kündigung, „Fallbearbeitung“ statt Fürsorge etc. Zum anderen nach aussen zum Kunden sprich Menschen, der im Extremfall das Vertrauen in die öffentlichen Einrichtungen und in die staatlichen Institutionen komplett verlieren kann. Das Personal als Schnittstelle zwischen Staat und Bürger ist in solchen Situationen der entscheidende Faktor. Überspannen Sie deshalb nicht den Bogen bei den Personaleinsparungen und denken Sie nicht zuletzt auch an die Auszubildenden im Landratsamt und deren Zukunftsperspektiven.

In diesem Kontext möchte ich auch kurz auf das Klinikum eingehen. Dort gilt das eben gesagte in verschärfter Form, weil es dabei nicht nur um Bauanträge oder Wohngeld, sondern oftmals um existentielle Situationen geht. Fachlich gutes, motiviertes und ungestresstes Personal ist eine der ganz wesentlichen Voraussetzung für eine erfolgreiche Behandlung und Pflege. Der teuerste MRT im Keller nützt nichts, wenn die Nachtschwester wegen Überlastung zu spät kommt. Der Entwicklungsprozess beim Klinikum verläuft aber genau entlang dieser Linie. Ich kann an dieser Stelle leider nicht weiter ausholen, aber zukünftig sollte weniger die Personaleinsparung, sondern mehr die Einnahmeseite einschliesslich der Verrechnungen verschärfte Beachtung verdienen. Zudem bin ich der Auffassung, dass sich der Kreistag als Mitgesellschafter wieder intensiver mit den absehbaren Veränderungen im Klinikum beschäftigen sollte. Dies gilt allein schon deshalb, weil die Kommunikation aus dem Aufsichtsrat in die Öffentlichkeit rechtlich stark eingeschränkt ist. Der Kompetenzbereich der Geschäftsführung ist gross und öffentlich kommuniziert werden vom Geschäftsführer oder vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats bestenfalls die Abstimmungsergebnisse im Sinn der Mehrheitsentscheidungen. Ich gehe jedoch davon aus, dass sowohl im Kreistag als auch bei den Beschäftigten und in der Öffentlichkeit ein berechtigtes Interesse daran besteht, zentrale Weichenstellungen in ihrer gesamten inhaltlichen Breite zu diskutieren.

Doch zurück zum Kreistag: Die schönste und absolut heisseste Stellschraube am gesamten Haushaltsplan ist ja für die Mehrheit im Gremium die Kreisumlage. Ich kann es

hierbei ganz kurz machen: Angesichts der Verschuldung des Landkreises unterstützen wir mehrheitlich den Verwaltungsvorschlag einer abgesenkten Kreisumlage auf einen Satz von 35,17 %. Die in den Ausschussberatungen erzielten Einsparungen bzw. Mehreinnahmen sollten zur verminderten Kreditaufnahme bzw. zur Schuldentilgung verwendet werden. Hiervon muss jedoch die zusätzlich beschlossene Personaleinsparung in Höhe von 100.000 € ausgenommen bleiben.

Ich komme zur Zusammenfassung:

Finanziell zeigt der Haushalt 2007 erfreuliche Tendenzen. Viele Unsicherheiten bleiben jedoch für die Zukunft bestehen und die strukturellen Defizite sind teilweise ungelöst. In meiner Detailbetrachtung habe ich bei einer ganzen Reihe von Punkten erfreuliche Entwicklungen angesprochen. Andererseits müssen wir aber auch deutliche Kritik an Entscheidungen der Verwaltung oder des Kreistags üben.

Am deutlichsten müssen wir diese Kritik in den Bereichen Abfallwirtschaft und Personalpolitik formulieren. Bei der Abfallwirtschaft besteht Handlungsbedarf im vertraglichen und administrativen Teil. Bei der Personalpolitik warnen wir vor negativen Auswirkungen im Hinblick auf die Qualität der Aufgabenerfüllung und die Motivation der Mitarbeiter. Dies wiederum hat Auswirkungen auf den Kontakt zu den Bürgern. Die Bürger selbst befinden sich selbst oft in Zwangslagen, wo es darauf ankommt, mit Gespür und Menschlichkeit gute Lösungen zu finden. Wenn grosse Bevölkerungsgruppen nur noch den Eindruck haben, von der Verwaltung als lästigen Kostenfaktor gesehen zu werden und im Rahmen der Kontakte kaum Perspektiven aufgezeigt werden können, ist Gefahr in Verzug. Insbesondere betrifft dies den gesamten Bereich mit Hartz IV. Es gibt jedoch auch genügend andere Bereiche, wo solche Tendenzen erkennbar sind.

Um dieser Entwicklung begegnen zu können, braucht die Verwaltung ein ausgeprägtes Gespür für die Problemlagen, neue innovative Konzepte, einen offenen Dialog nach innen wie nach aussen und nicht zuletzt ausreichende Finanzmittel.

Damit ist speziell für die Bereiche Personal und Kreisumlage unsere Position auch nochmals klargestellt. Dies ist jedoch kein Freibrief ins Blaue, sondern wir fordern für diesen Vertrauensvorschuss gutes Verwaltungshandeln und ein belastbares Berichtswesen.

Im Namen unserer Fraktion möchte ich allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung für ihr Engagement und allen Zuhörern für Ihre Aufmerksamkeit danken.

Christian Kaiser

für die Kreistagsfraktion SBK von B90/Die Grünen